NRW DIE FRAKTION SPD

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Newsletter Sommer 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

nach turbulenten, arbeitsreichen Wochen vor der Sommerpause erscheint der Newsletter dieses Mal nicht unmittelbar nach der Plenarsitzung, sondern nach ein paar Tagen des Durchatmens etwas später, im Grunde mitten aus dem Urlaub heraus.
Die SPD-Fraktion hatte zuletzt Bilanz gezogen – über ein Jahr Mitte-Rechts-Regierung in Düsseldorf. Es war ein Jahr der gebrochenen Versprechen, der sozialen Kälte, der Tatenlosigkeit und der Skandale. Es war Armin Laschets persönlicher Circus Arminalli. Die Bilanz von Schwarz-Gelb haben wir in einem sehr amüsanten Flyer wiedergegeben.
(Download: https://bit.ly/2vKjAq0).

Für mich ist die Sommerpause mit einem Wechsel verbunden. Die Neuwahl der Fraktionsspitze führte zu einer Umbesetzung den Landtagsausschüssen. Ich werde weiterhin als frauenpolitische Sprecherin die SPD im Ausschuss für Gleichstellung und Frauen vertreten. Nach rund einem Jahr werde ich allerdings nun aus dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend ausscheiden und in den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales wechseln, wo ich meine beruflichen Erfahrungen und sozialpolitischen Kenntnisse noch besser einbringen kann. Auch wenn mir die Arbeit im Familienausschuss, auch dank eines guten Teams an Kolleg*innen, sehr viel Spaß gemacht hat, freue ich mich auf diese neue Herausforderung und hoffe, dort für Dortmund etwas bewirken zu können.
Ich wünsche Ihnen und Euch einen schönen Sommer und viel Spaß beim Lesen! Schwitzen Sie/schwitzt nicht so viel!

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Innenminister rudert beim Polizeigesetz zurück

In einem Hauruck-Verfahren wollte Innenminister Herbert Reul die Änderung des Polizeigesetzes noch vor der Sommerpause durch den Landtag drücken. Auch mit Hilfe des öffentlichen Drucks konnten wir verhindern, dass der Landtag dies in seiner letzten Sitzung beschließt und der Innenminister nun nochmal nachbessert. Denn unserer Ansicht nach Gesetzesänderung in derzeitiger Form verfassungswidrig. Und damit schafft es nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit in den Köpfen der Polizist*innen.

Auch Jurist*innen, Datenschützer*innen und Menschenrechtler*innen kritisierten die Maßnahmen, die im Gesetz verankert werden sollten. Am 07.07. gingen in Düsseldorf 10.000 Menschen aus dem ganzen Land auf die Straße, um gegen das Polizeigesetz zu demonstrieren.

So sollen die Umstände der „drohenden Gefahr“ und der „drohenden terroristischen Gefahr“ ins Gesetz aufgenommen werden. In einem solchen Fall kann die Polizei ihre Befugnisse ausweiten und unter anderem Unterbindungsgewahrsam verordnen. Können Personen bislang für maximal 48 Stunden in Gewahrsam genommen werden, könnte dies zukünftig auf sieben Tage oder bei terroristischem Bezug auf einen Monat ausgeweitet werden. In dieser Zeit haben Betroffene keinen Anspruch auf einen Pflichtverteidiger. Um Unterbindungsgewahrsam zu verordnen ist kein Beschluss eines Richters notwendig. Wesentlicher Kritikpunkt ist, dass das Gesetz zu schwammig definiere, wann eine drohende Gefahr vorliege. Gerade aus der Fußballfanszene erreichen die Öffentlichkeit immer häufiger Berichte, dass mit den bereits vorliegenden Mitteln der Polizei Missbrauch betrieben werde, teilweise richte sich diese sogar gegen Sozialarbeiter der Fanprojekte, wie zuletzt in Sachsen.

Weitere Maßnahmen sind die Ausweitung von Videoüberwachung und Schleierfahnundung, die Überwachung digitaler Kommunikation und die Einführung von Elektroschockern als zusätzliche Ausrüstung der Streifenbeamten. Menschenrechtlich besonders umstritten ist auch, Menschen, die im Verdacht stehen, eine staatsgefährdende Tat zu begehen, eine Fußfessel anzulegen, auch wenn sie bislang noch nie eine Straftat begangen haben.

Innenminister Reul wird nun den Gesetzentwurf überarbeiten und dann im Innenausschuss erneut zur Diskussion stellen. Die Kritik wird nicht weniger werden. In Dortmund werden wir auf jeden Fall den Dialog mit der Fanszene weiter intensivieren.

Gesetzentwurf und Stellungnahmen: https://bit.ly/2MzyXJ4

Ausgrenzung statt Inklusion – Schulministerin stellte Eckpunkte vor

Schulministerin Yvonne Gebauer hat im Juli die Eckpunkte zur Neuausrichtung der Inklusion von Schüler*innen mit Behinderung vorgestellt. Die Eckpunkte sind ein gewaltiger Rückschritt. Inklusion ist keine Ideologie, sondern ein Menschenrecht. Die Landesregierung erreicht mit ihren Eckpunkten die von der Bundesrepublik verabschiedete Behindertenrechtskonvention jedoch in keinem Fall. Durch die Pläne der Mitte-Rechts Regierung wird das System der Förderschule zementiert.

So sollen an allgemeinbildenden Schulen zukünftig Förderschulgruppen gebildet werden, durch die Schüler*innen mit Behinderung ausgegrenzt werden. Zudem sind für Inklusion nach den Vorstellungen der Landesregierung nur noch die Schulen des integrierten Schulsystems (Gesamt- und Sekundarschulen) sowie Haupt- und Realschulen zuständig. Das Gymnasium bekommt eine Sonderregelung: Hier ist inklusiver Unterricht nicht bindend vorgeschrieben. Sie werden aus der gemeinsamen Verantwortung herausgenommen. Damit führt die Landesregierung die Ausgrenzung in der Inklusion ein und schränkt das Recht der Eltern ein, eine Schule frei zu wählen. Förderschulen werden weiter bestehen, sie sind zudem bereits ab kleineren Schülerzahlen möglich. Das bindet personelle Ressourcen, die an inklusiv arbeitenden Schulen dringend benötigt werden. Lehrerinnen und Lehrer mit sonderpädagogischer Ausbildung können durch die Steuerung der Landesregierung nur schwer an den allgemeinbildenden Schulen eingesetzt werden. Die Landesregierung rühmt sich zwar mit der Schaffung weiterer Stellen im Bereich der Inklusion, aber besetzen kann sie diese Stellen nicht, denn die dafür ausgebildeten Menschen fehlen. Dem Mangel tritt die Landesregierung aber in keiner Weise entgegen.

Dadurch und durch die Stärkung der Förderschulen schränkt die Landesregierung am Ende das Recht der Eltern, für ihre Kinder die Schule ihrer Wahl zu finden, ein. Denn viele Eltern werden am Ende keine Wahl haben, wenn sie vor Ort zwar die Möglichkeit einer Förderschule haben, aber die verfehlte Inklusionspolitik der Mitte-Rechts Regierung am Ende dazu führt, dass es immer weniger Angebote des gemeinsamen Lernens gibt. Wer eine inklusive Gesellschaft möchte, der muss Barrieren abbauen und keine zusätzlichen Hürden aufbauen.

Landesregierung lässt wohnungslose Frauen und Opfer von häuslicher Gewalt im Stich

Die Zahl der wohnungslosen Frauen in Nordrhein-Westfalen ist 2016 auf rund 25.000 Personen gestiegen, 6.400 von ihnen galten als obdachlos. Dies ist auch eine Folge des immer angespannteren Wohnungsmarktes in den Großstädten, insbesondere bei kostengünstigen Wohnungen. Gerade Frauen mit sozialen, gesundheitlichen oder psychischen Problemen fällt es immer schwerer, eine Wohnung zu finden. Es ist ein Thema, das in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird, denn die meisten Obdachlosen, die man auf der Straße sieht und direkt mit Wohnungslosigkeit in Verbindung bringt, sind Männer. Viele Frauen kommen bei Bekannten und

Freunden unter, begeben sich aber häufig auch in sexuelle Abhängigkeiten, um einfach irgendwo ein Dach über dem Kopf zu finden. Oft werden sie Opfer von Gewalt.
Rot-Grün hatte in den letzten Jahren den sozialen Mietwohnungsbau massiv ausgeweitet. Die Mitte-Rechts-Regierung von CDU und FDP hat dagegen einen weiteren Topf aufgemacht und fördert über das Förderprogramm für den Sozialen Wohnungsbau nun auch den Erwerb von Wohneigentum, anstatt den Mietwohnungsbau stärker zu fördern. Das nützt vielen Menschen, die keine Möglichkeit haben, Kapital aufzubauen, leider nicht. Sie warten weiter auf eine freie Sozialwohnung.

Den Wohnraummangel bekommen auch Frauen zu spüren, die Obdach in einem Frauenhaus suchen. Die Aufenthaltsdauer in einem Frauenhaus hängt auch davon ab, wie schnell es gelingt, eine eigene Wohnung zu finden. Davon abgesehen, dass immer noch Tausende Frauenhausplätze in NRW fehlen, um jeder hilfesuchenden Frau einen Platz in einem Frauenhaus anbieten zu können (2017 konnten die Frauenhäuser in 7.358 Fällen keinen Platz anbieten), will die Landesregierung die Situation nun verschärfen. Es sollen zwar 50 neue Plätze in Frauenhäusern gefördert werden, was für sich schon nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Allerdings erhalten nur diejenigen Frauenhäuser eine zusätzliche Förderung, die sich verpflichten, die Aufenthaltsdauer zu reduzieren. Da wären wir wieder bei dem Problem mit dem fehlenden Wohnraum in Großstädten. Doch da sieht Heimat- und Gleichstellungsministerin Ina Scharrenbach die Kommunen und ihre kommunalen Wohnungsunternehmen in der Pflicht, die betroffenen Frauen in eine eigene Wohnung zu vermitteln. Der Teufelskreis schließt sich.

Meine Rede in der Aktuellen Stunde des Landtags zum Thema „Wohnungslosigkeit von Frauen eindämmen – Was tut die Landesregierung?“ am 11.07.2018: https://youtu.be/RCIIxfi3dO8
Antwort auf eine Kleine Anfrage der Abg. Philipp zur Platznot in Frauenhäusern: https://bit.ly/2MaqJe7
Meine Pressemitteilung zum Frauenhaus Dortmund vom 13.06.2018: https://wp.me/p7RICK-mx
Bericht im WDR-Magazin Westpol vom 17.06.2018: https://bit.ly/2P06spF

Heimatministerin traut dem Ruhrgebiet die Internationale Gartenausstellung Metropole Ruhr scheinbar nicht zu

Dortmund hat bereits seine Pläne zur Gestaltung einer IGA auf Dortmunder Gebiet vorgestellt. Auf dem brachliegenden Hoesch-Spundwand-Gelände in Dorstfeld soll ein neues Wohnquartier

entstehen und sich daran ein Park anschließen. Entlang der Emscher wird eine Grünschneise bis nach Huckarde zur Kokerei Hansa führen. All dies soll Teil der ruhrgebietsweiten dezentralen IGA werden und im Jahr 2027 viele Touristen nach Dortmund ziehen. Auf der anderen Seite ist dieses Projekt eine Chance für die städtebauliche und ökologische Entwicklung im Dortmunder Westen. Für Dortmund und das Ruhrgebiet wäre eine IGA Metropole Ruhr also ein Projekt, das den Strukturwandel vorwärts bringt und auch wirtschaftliche Wertschöpfung erzeugt.
Wir denken, dass nach der IBA Emscherpark und der Ruhr.2010 dieses Projekt ein neuer wichtiger Leuchtturm für unsere Region sein wird. Daher muss dieses Projekt auch eine wichtige Rolle in der Ruhrkonferenz von Ministerpräsident Armin Laschet spielen und das Land dieses mit dem Bund entsprechend fördern. Heimatministerin Scharrenbach verweigert aber klare Zusagen über die Unterstützung für das Projekt. Sie schiebt den Schwarzen Peter auf die Kommunen, die erstmal konkrete Konzepte liefern sollten. Das können sie aber erst, wenn sie wissen, wie eine Unterstützung des Landes aussehen wird. Zwischen den Zeilen liest man bei ihr auch heraus, dass sie es den Kommunen im Ruhrgebiet nicht zutraue, das Projekt finanziell zu stemmen. Außerdem zeigt sie ihre deutliche Ablehnung zu den Vorstellungen der Ruhrgebietskommunen, die die IGA als „Städtebauprojekt mit etwas Grün“ ausnützen würden.

Antrag der SPD-Fraktion „Internationale Gartenausstellung Metropole Ruhr bringt mehr Jobs und Lebensqualität ins Ruhrgebiet“: https://bit.ly/2Oud7HB

Führungskrise bei ThyssenKrupp für Landesregierung uninteressant

Der größte Industriekonzern des Landes kriselt weiter vor sich her. Der Vorstandsvorsitzende Heinrich Hiesinger schied aus dem Unternehmen aus, nachdem er sich über mangelnden Rückhalt durch die Krupp-Stiftung, die größter Einzelanteilseigner am Konzern ist, beklagte. Der zweitstärkste Anteilseigner, das schwedische Investmentunternehmen Cevian will den Konzern zerschlagen.
Einen scheint das nicht zu stören: Armin Laschet. Nachdem er bereits im Prozess um die Fusion von TKS Steel und Tata Steel sich aus allem raus hielt, versäumt er es nun erneut, sich für die Interessen des Landes und der Kolleg*innen bei ThyssenKrupp einzusetzen. Dabei stehen viele

Jobs auf dem Spiel, insbesondere im Anlagenbau. Wir erwarten, dass Laschet ThyssenKrupp jetzt zur Chefsache macht und zusammen mit der Krupp-Stiftung für stabile und verlässliche Verhältnisse sorgt.

Mitte-Rechts-Regierung im Privatisierungswahn stoppen

Mit der angekündigten Privatisierung der Spielbanken in NRW – auch Hohensyburg ist betroffen - zeigt die Mitte-Rechts-Koalition, worum es ihr dabei wirklich geht: eine Rückkehr zur alten „Privat vor Staat"-Ideologie. Überhastet wird auf dem Rücken der Beschäftigten ein Verkauf vorbereitet, ohne nähere Details zu kennen und darzulegen. Besonders bezeichnend ist dabei, dass erst nach dem angekündigten Verkauf Kriterien vorgelegt worden sind, wie in Zukunft Privatisierungen abgewickelt werden sollen. Dies lässt nichts Gutes erahnen und erinnert an die Zeiten der Regierung Rüttgers und den Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft LEG. Die Zeche zahlen die Bürger*innen, Beschäftigten und Kommunen. Rund 1.000 Mitarbeiter*innen und ihre Familien bangen um ihre Jobs und die Standortkommunen um Einnahmen von 10 Millionen Euro. Es ist zudem fraglich, wie zukünftig Spielsucht und Geldwäsche bekämpft werden sollen. Wir fordern daher die Landesregierung auf, die Privatisierung zu stoppen und zusammen mit den Beschäftigten an einer Neuordnung der Spielbanken zu arbeiten.
Doch ist die Privatisierung von Westspiel erst der Anfang. Die Landesregierung plant, alle Beteiligungen des Landes zu prüfen. Es ist zu befürchten, dass weitere Privatisierungen bevor stehen, gerade auch im Bereich der für unser Land so wichtigen Verkehrsinfrastruktur (Häfen, Flughäfen, Strassen.NRW).

Antrag der SPD-Fraktion „Mitte-Rechts Regierung im Privatisierungswahn stoppen! Landesregierung handelt unverantwortlich bei Privatisierung von WestSpiel": *https://bit.ly/2Miu8a3*

CDU bricht Sicherheitsversprechen: 15 Stellen weniger bei Dortmunder Polizei

Die Mitte-Rechts-Regierung hat den neuen Personalschlüssel für die einzelnen Polizeipräsidien im Land bekanntgegeben. Dortmund stehen ab dem nächsten Jahr 15 Beamte weniger zur Verfügung. Angesichts der Parolen der CDU im Landtagswahlkampf, das Land wieder sicherer zu

machen, kann man dies schon als ein gebrochenes Wahlversprechen bezeichnen. Noch kurz vor der Landtagswahl initiierte die CDU eine Aktuelle Stunde zu sogenannten No-Go-Areas in NRW. Die CDU verunglimpfte die Dortmunder Nordstadt als eine solche. Dass sie nun Polizeikräfte aus Dortmund abzieht, ist an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten. Gerade die Wach- und Bezirksdienste in den Quartieren vor Ort müssten gestärkt werden, um das Sicherheitsempfinden der Bürger*innen zu steigern und Kleinkriminalität zu unterbinden.

Pressemitteilung der Dortmunder SPD-Abgeordneten: https://wp.me/p7RICK-ov

Familienzentren qualitativ stärken

In Dortmund gibt es 81 Kitas, die als Familienzentren arbeiten. Zum neuen Kindergartenjahr 2018/2019 wird das Land erneut zusätzliche Kitas in Familienzentren umwandeln. In Dortmund sollen dann sieben neue Familienzentren entstehen. Dies nahm ich zum Anlass, um zwei Familienzentren in meinem Wahlkreis zu besuchen und mich über deren Arbeit und Herausforderungen zu informieren. Petra Bock, die Betriebsleiterin für elementare Erziehung und Bildung der AWO Dortmund ist, zeigte mir die von der AWO betriebenen Familienzentren in Holzen und Hörde.

Familienzentren sind für mich wichtige Einrichtungen der frühen Förderung und insbesondere für junge Familien ein wichtiger Anlaufpunkt im Sozialraum. Gerade in benachteiligten Stadtteilen leisten sie wichtige Arbeit unter dem Motto „Kein Kind zurücklassen!“. Daher haben wir in der letzten Legislaturperiode Familienzentren dort aufgebaut, wo Armut und Bildungsferne hoch waren. Davon ist die Mitte-Rechts-Regierung nun weg und verteilt die neuen Familienzentren nach dem Gießkannenprinzip.

Wir fordern als SPD-Fraktion zudem die Erhöhung der Zuschüsse von 13.000 auf 15.000 Euro und in benachteiligten Stadtteilen auf 16.000 Euro, um die Qualität der Einrichtungen zu erhöhen.

Petra Bock teilte mir bei dem Besuch mit, dass durch die Erweiterung der Aufgaben im Familienzentrum zusätzliche Aufgaben entstanden seien, die durch die Kitaleitung und das Kita-Team übernommen würden. Jedoch wurden die Personalkapazitäten nicht erweitert.

Die Dortmunder Feuerwehr ist gut aufgestellt!

Anlässlich des Tags der Feuerwehren besuchten wir vier Dortmunder Landtagsabgeordneten im Juni das Ausbildungszentrum der Dortmunder Feuerwehr in Eving. Wir informierten uns über die Ausbildung der freiwilligen und der Berufsfeuerwehrleute. Während andere Städte bereits Probleme haben, Nachwuchs für diesen Beruf zu gewinnen, sind wir in Dortmund ganz gut aufgestellt. Das liegt auch an der hohen Professionalität, mit der in Dortmund gearbeitet wird. So stellte das Institut für Feuerwehr- und Rettungstechnologie uns seine verschiedenen Forschungsprojekte und Vorhaben vor. Beim Rundgang über das Gelände bekamen wir zudem einen sehr lebhaften Einblick in das Arbeitsleben und die Ausbildungsbedingungen der zukünftigen Feuerwehrleute.

Bericht auf meiner Internetseite: https://wp.me/p7RICK-mD

Ein Markttag mit einer Gründerin

Die Butschkau kann auch anpacken! Und das muss auch so sein! Vielen Politiker*innen wird vorgeworfen, sie hätten den Alltag der Menschen aus dem Blick verloren und wüssten nicht, wie diese sich abrackern, um über die Runden zu kommen. Nun könnte man sagen, nach über 30 Jahren Berufserfahrung wüsste ich auch, wie die Realität in der Arbeitswelt aussieht. Dennoch ist es mir ein wichtiges Anliegen, sowohl als Sozialpolitikerin wie auch als AfA-Landesvorsitzende, regelmäßig in den Arbeitsalltag von Menschen einzutauchen. Denn ich denke, den Alltag der Menschen zu kennen, ist eine wichtige Voraussetzung, um gute Politik für diese Menschen umzusetzen.

Deshalb führte mich Ende Juni ein Tagespraktikum auf den Dortmunder Wochenmarkt. Andrea Keßler gab mir die Chance, ihr kleines Start-up kennenzulernen. Vor einigen Monaten hat sie sich selbständig gemacht. Mit einem kleinen, süßen Kaffeemobil. Das Unternehmen nennt sich Pour Coffee. Nach eigenen Angaben ist Pour Coffee der einzige Third Wave Kaffeestand in NRW. Third Wave Coffee bezeichnet einen Trend, bei dem der Genuss im Mittelpunkt steht, bei dem auf die Herkunft, den Anbau und die Röstung der Bohnen und die Zubereitung des Kaffees besonderer Wert gelegt wird, um ein besonderes Geschmackserlebnis zu schaffen. Es ist ein wenig mit der Craft Beer Bewegung vergleichbar.
Bei meinem Praktikum lernte ich, wie man einen guten Kaffee zubereitet, leckere Waffeln backt und seine Produkte richtig inszeniert und verkauft. Außerdem erfuhr ich einiges über die Herausforderung, ein eigenes Start-Up zu gründen. Ein Schritt, der viel Einsatz und Leidenschaft braucht und Gründer*innen sehr viel abverlangt.

Internetseite von Pour Coffee: https://pour-coffee.de

Don’t forget Srebrenica

Am 7. Juli nahm ich mit Volkan Baran am Friedensmarsch für Srebrenica, der an den schrecklichen Völkermord vor 23 Jahren erinnert, teil und sprachen dort ein Grußwort. Damals wurden 8.372 Jungen und Männer im Alter zwischen 13 und 78 Jahren auf bestialische Art und Weise systematisch ermordet - der größte Völkermord in Europa nach dem Holocaust. So etwas darf nie wieder passieren! Erst vor einem Jahr kam der langwierige Prozess vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal mit einer Verurteilung des Kriegsverbrechers Ratko Mladic zum Ende. Ein später Akt der Gerechtigkeit.

Auf Bier und Bratwurst im Natursportpark

Einmal im Halbjahr lade ich Funktionäre und Mandatsträger der SPD in meinem Wahlkreis zu einem Wahlkreistreff ein. Es geht um Vernetzung, Informationsaustausch und ein geselliges Beisammensein. Dabei sollen meine Gäste aber auch spannende Orte im Wahlkreis kennenlernen, die sie noch nicht kennen. Ende Juni habe ich daher Ortsvereinsvorsitzende, Rats- und Bezirksvertreter und Mitglieder aus den SPD-Vorständen vor Ort in den Natursportpark Zeche Kaiser Friedrich in Menglinghausen eingeladen. Bei Bier und Würstchen inmitten von viel Grün war Zeit für viele Gespräche und zum Schmieden von Ideen. Ich freue mich, dass das Veranstaltungsformat bei allen Anwesenden viel Anklang fand. Gemeinsam konnten wir in sehr gemütlicher und sommerlicher Atmosphäre über Politisches, über Privates und über zukünftige Vorhaben reden. Danke an unsere Gastgeber Peter Regener und seinem Sohn Hannes vom Erlebt was e.V., die uns bestens unterstützt haben.

Bildergalerie: https://wp.me/p7RICK-nA
Internetseite des Natursportparks Zeche Kaiser Friedrich: http://natursportpark.com/

Teilnehmer des BIG-24h-Laufs laufen für Kinderhospiz

Das Kinderhospiz Sonnenherz war in diesem Jahr einer von zwei Empfängern der Spenden, die über den BIG-24h-Lauf erzielt wurden. Die Hälfte der rund 15.000 Euro erhält unser Förderverein, um das Projekt in Westrich voranzutreiben. Für den Förderverein Kinderhospiz Sonnenherz habe ich mit Hospiz-Initiatorin Elisabeth Grümer den Charity-Lauf im Stadion Rote Erde besucht, um unser Projekt vorzustellen und allen Läufer*innen die Daumen zu drücken, damit diese trotz der warmen Temperaturen viele Runden erlaufen.

Baroper zog in den Landtag

Ende Juni fand der 9. Jugend-Landtag NRW statt. Jugendliche übernehmen dabei die Rolle des Abgeordneten und simulieren drei Tage lang die Arbeit im Landtag, inklusive Fraktions-, Ausschuss- und Plenarsitzungen. Für meinen Wahlkreis zog der 19-jährige Fachabiturient Jan Paul Möllmann in den Landtag. Der Baroper hatte sich bei mir dafür beworben. Der Jugend-Landtag diskutierte in den drei Tagen über ein NRW-weites Azubi-Ticket, das auch für Teilnehmer*innen von Freiwilligendiensten gelten soll, über die geplante Änderung des NRW-Polizeigesetzes, die Erhöhung des Mindestlohns und Informatik als Pflichtfach an Schulen. Die Beschlüsse werden nun an den Landtag weitergeleitet, der sich mit diesen weiter beschäftigen wird.

Bericht von Jan Paul Möllmanns Teilnahme am Jugend-Landtag:
https://wp.me/p7RICK-oh
Informationen zum Jugend-Landtag NRW:
https://bit.ly/2KB1zQh

Mutter-Kind-Einrichtung der AWO in Kirchhörde leistet fantastische Arbeit

Im Juli habe ich die im Februar neu eingerichtete Mutter-Kind-Einrichtung der AWO in Dortmund-Kirchhörde besucht. Ich war sehr beeindruckt von dem tollen und modern eingerichteten Haus mit seinem schönen Garten. Die Einrichtung ist für junge Frauen konzipiert, die Unterstützung bei der selbständigen und verantwortungsbewussten Lebensführung für sich und insbesondere für ihre Kinder benötigen. Es war sehr schön zu sehen, dass sich die Arbeit der Einrichtung zielgerecht an den Bedürfnissen und Stärken der zu betreuenden schwangeren Frauen und Mütter und deren Babys und Kinder richtet.

#Bienenretter unterwegs

Im Rahmen einer NRW-weiten Kampagne machen die SPD-Landtagsabgeordneten auf das Insektensterben aufmerksam. Nachdem ich im Frühjahr bereits den Gartenverein Crengeldanzgraben besucht hatte, setzte ich im Juni die Kampagne in den Hörder Gartenvereinen Otto Hue und Hans Böckler fort. Wieder im Gepäck: Informationen über das Thema, insektenfreundliche Blumensaatmischungen und Anleitungen zum Bau von Insektenhotels.Eine zweite Aktion gab es mit meinen Abgeordnetenkolleg*innen Nadja Lüders und Volkan Baran auf dem Westenhellweg am Rande des Dortmunder Wochenmarktes.

Zu Besuch im Landtag

Die Fakultät für Humanwissenschaften und Theologie der TU Dortmund besuchte mit einer Gruppe Austauschstudierende der Katholischen Parahyangan Universität aus Indonesien den nordrhein-westfälischen Landtag. Nach einer Führung durch das Landtagsgebäude und einem Vortrag über die Arbeit des Parlaments diskutierten sie mit mir über Gleichstellungspolitik.
Außerdem besuchten mich die AsF aus dem Stadtbezirk Hombruch und die IG Metall Ortsgruppe Wellinghofen. Sie bekamen einen Einblick in eine Plenarsitzung und hatten im Anschluss die Möglichkeit, mir Fragen zu meiner Arbeit zu stellen.

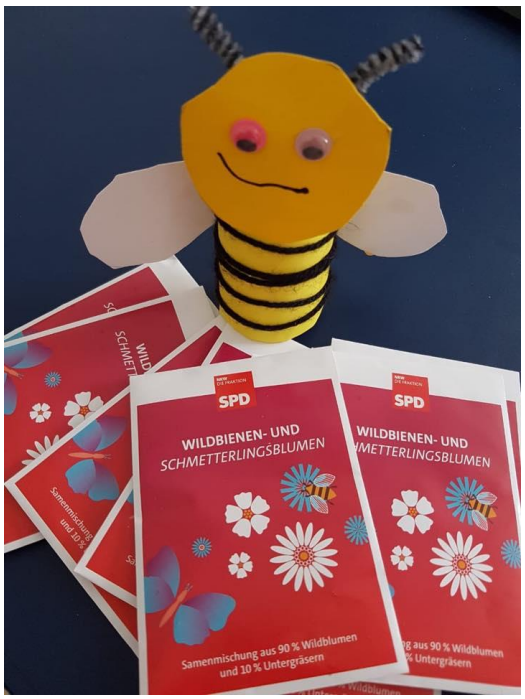
Neues Serviceangebot

Auf meiner Internetseite www.anja-butschkau.de kann man nun auch einsehen, welche Kleinen Anfragen ich im Landtag gestellt habe und deren Beantwortung durch die Landesregierung.

Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Wochen war ich wieder im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:

Ausbildungszentrum der Feuerwehr Dortmund, Aktion zum Insektensterben in den Hörder Gartenvereinen Otto Hue und Hans Böckler, Eröffnung der AWO-Veranstaltung Aplerbeck vor Ort, Jubilarehrung des SPD-Ortsvereins Marten, Parteitag des SPD-Stadtbezirks Hombruch, Stadtbezirksbereisung in Hombruch der SPD-Ratsfraktion Dortmund, Vortrag in der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Wellinghofen/Wichlinghofen, Vortrag in der Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Hörde-Nord, Besuch der AWO-Familienzentren in Holzen und Hörde, Stammtisch der AsF Dortmund, Wahlkreistreff „Auf Bier und Bratwurst“, Aktion zum Insektensterben in der Dortmunder City, BIG 24-Stundenlauf zu Gunsten des Kinderhospizes Sonnenherz, Praktikum bei Pour Coffee auf dem Dortmunder Wochenmarkt, Demonstration zum Gedenken an den Völkermord in Srebrenica, Sommerfest der Werkstätten der AWO (WAD), Kinder- und Sommerfest des Gartenvereins Crengeldanzgraben, Siedlerfest in Oespel, Besuch der Mutter-Kind-Einrichtung der AWO in Kirchhörde.



NRW
DIE FRAKTION
SPD

ZWAR

BIG
direkt gesu

Souvenirs